

Eine Amnestie für Beamte.

Am Montag sprach beim Generaldirektor der Post- und Telegraphenangelegenheiten Geheimen Rat v. Wagner-Jauregg eine Vertretung des Reichsbundes deutscher Postler vor, um wegen der Teuerungszulage und anderer Standesfragen vorstellig zu werden. Die Vertreter des Reichsbundes richteten an den Generalpostdirektor des weiteren die Bitte, bei der Regierung (vielleicht am bevorstehenden Geburtstage des Kaisers) eine Amnestie zu erwirken für alle jene Staatsangestellten, die im Zeitpunkte des Inkrafttretens der Dienstpragmatik mit einer Disziplinarstrafe behaftet waren und nun nicht allein die finanziellen Vorteile der Pragmatik eingebüßt haben, sondern angesichts der jetzigen Teuerung, infolge ihres geringeren Gehaltes in Not geraten sind. Der Generalpostdirektor erwiderte, daß die Behandlung der Frage einer Amnestie bereits in der Absicht der Regierung gelegen ist und er nunmehr für deren Erledigung sich einsetzen wird.